

Spaltungsbilanz

Inhalt

| | |
|--|----|
| Die Integration..... | 2 |
| Die Transformation..... | 3 |
| Die „anderen Fakultäten“ | 5 |
| Die Nation..... | 5 |
| Die deutsche Vergangenheit | 9 |
| Die Transformation—Fallbeispiele | 9 |
| Münchener Stadtrat | 10 |
| Die „Rote Karte“ | 10 |
| Die EU als Strafe | 11 |

Die AfD befindet sich an einem Wendepunkt ihrer Geschichte: *Nach* dem (gescheiterten) Mitgliederentscheid und *vor* der möglichen Abspaltung des Vereins „Weckruf2015“. Diese Position drängt zwei Blickrichtungen auf. Einen Blick zurück in die Vergangenheit, wo die Fehler begangen wurden. Und einen Blick in die Zukunft, wo sie korrigiert werden können. An diesem Punkt sollten wir uns Gedanken machen über einen „Rest-AfD“, in dem möglicherweise 90 Prozent der Mitglieder verbleiben werden.

Ich beabsichtige nicht, über Personalfragen zu reden. Nicht weil ich zu konzilient oder zu gutmütig bin, sondern weil ich objektive Tendenzen erkennen und Antworten finden will.

Meine These vorweg: Die Animositäten sind (auch wenn die Standpunkte zuweilen emotional vorgetragen werden) nicht ausschließlich der Ausdruck persönlicher Unverträglichkeiten. Es steht nicht nur Ego und Karrieresucht gegen Parteiräson. Nicht nur Lust zu Unterwanderung gegen Verantwortung. Nicht nur „Mut zur Wahrheit“ gegen Verblendung und Irrtum. Die *persönlichen* Spannungen sind die Gestalt, in der sachliche Inhalte, die *verschiedenen Wahrheiten* der AfD aufeinander stoßen. Wie die in unserem Selbstverständnis verborgenen, verkannten oder verdrängten Komponenten in Erscheinung treten.

Von diesen Komponenten und ihren vermuteten Zusammenhängen soll in den Folgenden die Rede sein. Beispiele sollen andeuten, wie aus der abstrakten Analyse Handlungsmöglichkeiten abgeleitet werden können. Es handelt sich um Bruchstücke und einen Ansatz, die in gemeinsamer Arbeit weitergedacht und zu einer Strategie zusammengefügt werden sollten.

Schließlich eine Warnung. Ich habe keinen persönlichen Zugang zu den Personen, von denen hier die Rede sein wird. Ich kenne nur ihre öffentlichen Äußerungen; nur diese kann ich in Betracht ziehen. Alles andere, was ich über ihr Weltbild, ihre Mentalität und Absichten sage, ist meine Spekulation. Ich kann nur hoffen, nicht ganz falsch zu liegen.

Die Integration

Der AfD wird Widersprüchliches vorgeworfen. Die einen sagen, sie sei eine „Ein-Themen-Partei“. Andere werfen ihr vor, sie sei eine „diffuse Protestpartei“ ohne eigene Themen; sie mache bloß die Klagen aller Unzufriedenen zu eigen.

Der erstere Vorwurf hat, oberflächlich gesehen, eine etwas größere Berechtigung als der letztere. Zu Beginn, insbesondere während der Bundestagswahl 2013, stand ein einziges Thema im Vordergrund, die Euro-Kritik. Aufmerksame Beobachter konnten indessen eine Vielfalt erkennen— nicht nur mehrere *programmatische Schwerpunkte*¹ sondern ihnen entsprechende *Flügel* oder *Säulen*². Als Bernd Lucke begann von der AfD als künftiger „Volkspartei“ zu sprechen, konnte man vermuten, er hat die Notwendigkeit, die Flügel zu *integrieren*, erkannt und akzeptiert.

Die Unterschiede traten vor der Bundestagswahl nicht oder nur marginal in Erscheinung. Der konservative und der nationalkonservative Flügel waren kooperativ. Frauke Petry, Alexander Gauland, Konrad Adam und Beatrix Storch haben das schwerpunktmäßig wirtschaftsliberale Programm und die Eurokritik nicht konterkariert sondern unterstützt. Hätte die Partei die Sperrklausel überwunden, hätte es der rein wirtschaftsliberale Flügel „aus eigener Kraft“ geschafft, so wären die anderen Flügel geschwächt. Inzwischen zog die AfD in drei Landtage ein, mit glänzendem Ergebnis, mit einem Programm und einem Personal, die *nicht* dem wirtschaftsliberalen Flügel zuzurechnen sind. Das hat unvermeidlich die anderen Flügel gestärkt.

Bernd Lucke hat dies anscheinend nicht vorhergesehen. Jedenfalls wurden keine Vorkehrungen getroffen, um die Flügel auf intelligente Weise zu integrieren (darüber später). Es ist auch möglich, daß sein Interesse und sein politischer Horizont nicht über das Wirtschaftsliberale hinausgeht, daß er die Themen, die über sein enges Fachgebiet hinausgehen, mit den Augen des Mainstreams sieht. Die Professorenpartei hat sich auf ein einziges Fach kapriziert; Professoren anderer Fakultäten wurden nicht mit einbezogen.

Die Transformation

Die AfD hat in ihrem Gründungsprogramm die Herrschaft der politischen Korrektheit *abgelehnt*. Wie oberflächlich dies gemeint war, stellte sich bald heraus. Ich schlug für das Europaprogramm eine Änderung der Wortwahl vor: „bekämpfen“ statt „ablehnen“. Der Unterschied schien so bedeutungslos daß der Vorschlag nicht einmal in die Abstimmliste aufgenommen wurde. Der Unterschied ist indessen gravierend. „Ablehnen“ ist eine *unverbindliche Attitüde*, allenfalls eine Affekthandlung. „Bekämpfen“ ist eine *Selbstverpflichtung zum systematischen Handeln*.

¹ <http://www.alternativefuer.de/offener-brief-die-mitglieder-der-alternative-fuer-deutschland-und-ihre-unterstuetzer/>

² <http://www.freiewelt.net/die-drei-saeulen-der-afd-10045030/>. Der jetzige Stand: Es stehen nur noch zwei Lager einander gegenüber.

Die „politische Korrektheit“ ist kein Rechtsbegriff sondern eine informelle Manipulations- und Einschüchterungstechnik, das Hauptinstrument der milden Diktatur (TOCQUEVILLE). Ihre Verbote und Gebote sind nicht tatbestandsmäßig formuliert sondern sie sind das „Gewohnheitsrecht“ in der Subkultur des politisch-medialen Kartells. Sie operiert nicht immer mit derbem Frontalangriff. Wirksamer sind die Anspielung, die Verdächtigung, die Zurechnung und die Suggestion. Ob jemand ein Extremist *ist*, ist ein nachprüfbarer Tatbestand; ob jemand einer extremistischen Organisation *nahe steht*, erfordert keine sorgfältige Begründung.

Die Öffentlichkeit ist, laut der herrschenden politischen Theorie das zentrale Institut der demokratischen Gesellschaft. In Deutschland gibt es zwei Öffentlichkeiten, eine *schmale* und eine *breite*. Eine Vielzahl von Themen, Thesen und Analysen die in der schmalen Öffentlichkeit des wissenschaftlichen Betriebs (Tagungen, Fachzeitschriften usw.) erörtert werden dürfen, sind für die breite Öffentlichkeit Tabu. Versuche, sie für den Gebrauch der breiten Öffentlichkeit zu artikulieren—zu „transformieren“—werden denunziert und abgestraft.

Die politische Korrektheit bekämpfen bedeutet nichts weniger als einen *Bewußtseinswandel durch Transformation* zwischen der schmalen und der breiten Öffentlichkeit zu bewirken. Wenn Politik dem „bohren dicker Bretter“ gleiche (MAX WEBER), dann gilt dies insbesondere auf diesem Gebiet. Eine langwierige und schwierige Aufgabe, die ein strategisches Konzept, Geduld und den langen Atem fordert.

Die AfD, insbesondere Bernd Lucke hat einen erfolgsversprechenden Beginn im Bereich der Finanz- und Währungspolitik gemacht. Er, und die Fachökonomien um ihn, haben das Fachwissen transformiert, sie haben die Kritik der Eurorettung aus der *schmalen* in die *breite* Öffentlichkeit getragen. Man kann heute über dieses Thema nicht mehr so sprechen wie früher: Man kann es nicht mehr unwidersprochen abtun, man kann die Eurokritiker nicht mehr denunzieren wie früher.

Leider ist er nicht weit genug gegangen. Im Gegenteil. In den anderen Bereichen hat er sich der Mentalität des politisch-medialen Kartells angeschlossen und in dessen Sprachregelung zurückgefallen. Der tiefere Grund, warum die AfD die *Integration* verfehlt hat, liegt darin, daß sie in anderen Bereichen das Gebot zur *Transformation* nicht erkannt hat.

Die „anderen Fakultäten“

Der europäische Einheitsstaat, das „Jahrhundertprojekt“ der politischen Eliten Europas ist die zeitgenössische Gestalt der *milden Diktatur*, deren Gefahr TOCQUEVILLE vor anderthalb Jahrhunderten aufziehen sah. Sie beruht auf einem „modernen“ Sozialismus-Konzept, das die Kosten der Umverteilung durch die Erträge des tolerierten kapitalistischen Produktionssystems finanzieren will. Die Beseitigung nationaler Souveränitätsrechte, die Aushöhlung individueller Freiheiten (das „Demokratiedefizit“), die andauernde ökonomische Stagnation und die besinnungslose Bürokratisierung sind ihre auffälligsten Merkmale. Die Einheitswährung „Euro“ war als der Beschleuniger dieses Vorgangs gedacht. Sie ist eine Fehlkonstruktion, und sie führte, wie prominente Theoretiker vorhergesagt hatten, zu einer beispiellosen Krise des Finanzsystems.

Die AfD hatte die Kruste der schein-ökonomischen Euro-Apologie der Regierung und der Altparteien aufgebrochen. Ihr Angriff konzentrierte sich auf die verzweifelte Euro-Rettung, ließ jedoch andere Aspekte der vertrackten Gemengelage außer Acht oder behandelte sie (wenn überhaupt) nicht auf dem gleichen, hohen Niveau. Die Zusammensetzung der AfD-Wähler hat indessen nahegelegt, daß für den Wähler auch die anderen Aspekte wichtig waren. Sie gaben ihre Stimme der Partei in der Erwartung, daß ihr Anliegen wegen des Zusammenhangs der Dinge berücksichtigt wird.

Es wurde nicht berücksichtigt. Stattdessen haben die AfD-Granden den oberflächlichen Standpunkt des Mainstreams übernommen.

Die Nation

Das Thema, das die AfD zu spalten droht, ist die Nation. Es wurde nicht von außen her in die AfD hineingetragen, etwa durch die Gründer oder durch spätere Beitritte; nicht dadurch, daß sich Personen mit unvereinbaren Zielen zusammenfanden. Sondern das Thema *Nation* liegt latent „in der Sache selbst“, in der ökonomischen Position. Es kann nicht durch „rote Linien“, durch Ausgrenzungen und Säuberungen beseitigt werden.

Erinnern wir uns an die infame Provokation durch Anne Will. Gegen Ende der Sendung stellte sie eine Frage, ohne jeden Zusammenhang, nur durch die Agenda der politischen Korrektheit diktiert. Sei Lucke ein „Nationalist“? Denke er „national“? Luckes Antwort war eine lahme, defensive

Improvisation: Das Ziel der Euro-Kritik sei geradezu, die EU zu retten, also er sei genau das Gegenteil eines Nationalisten.

Eine solche Provokation war vorherzusehen. Man hätte sich darauf vorbereiten können. Man hätte das Thema „Nation“ auch im Nachhinein in das Arsenal der AfD integrieren können. Eine „intelligente Integration“ des „Nationalen“ wäre mehrstufig aufzubauen.

Erstens: Man kann das Problem der Nation geopolitisch, im *internationalen* Kontext orten. Selbstbewusste Nationen (alte Nationen wie Frankreich, England, die USA, junge, aufstrebende Nationen im Fernostasien usw.) haben ein entspanntes Verhältnis zur Nation. Das nationale Interesse ist in jeder westlichen Demokratie, insbesondere bei den Siegermächten des zweiten Weltkriegs ein respektables Prinzip der Politik. Eine nicht-populistische sondern „professorale“ Betrachtung hätte ernsthafte Argumente präsentieren können. Man hätte den Diskurs auf derselben Ebene führen können wie über den Euro, anstatt vor dem Mainstream zu kapitulieren.

Zweitens: Ökonomische Institutionen existieren nicht im luftleeren Raum sondern sie müssen Regel und Rahmenbedingungen respektieren. Das mag eine Randnotiz für die ökonomische Theorie sein, es ist jedoch der Hauptgegenstand anderer „Fakultäten“, das Thema anderer Professoren. Es ist die Voraussetzung der akademischen Arbeitsteilung, daß die Randbedingungen des eigenen Faches methodologisch-hermeneutisch ausgeklammert werden, um auf das Wesentliche zu konzentrieren. Luckes Grenzen sind die Grenzen seines Faches. Er hat Anstrengungen gemacht, über sie hinauszugehen. Leider ging er nicht weit genug.

Der Alltagsmensch hält sich jedoch nicht an diese Arbeitsteilung. Er kann und will die Zusammenhänge, die er am eigenen Leib erlebt, nicht fein säuberlich kappen. Daraus resultieren die Spannungen, die derzeit die AfD zu spalten drohen.

Zurück zu den „Regeln“. Ihre Gesamtheit, das *Recht*, wird durch den *Staat* gesetzt. Idealerweise, und auch nach dem Selbstverständnis der AfD, vom *demokratischen* Rechtsstaat.

Eine funktionsfähige Demokratie ist, nach unseren Kenntnissen vom Verlauf der politischen Geschichte, nur im Nationalstaat möglich.

Der Zusammenhang zwischen freier Wirtschaft und Nationalstaat ist eine (in der heutigen deutschen Öffentlichkeit) vergessene *klassisch liberale* Position. Der Ökonom, Historiker und

Soziologe MAX WEBER hat sich schlicht als *nationalliberal* bezeichnet. Der Soziologe RALF DAHRENDORF hat ihn erneut in Erinnerung gerufen³. Ein mehr zeitnaher Hinweis: „Es gibt keine multinationale Organisation, die ihren Mitgliedern oder Bürgern auch nur annähernd so viel Mitsprache und Demokratie bietet wie der demokratisch verfasste Nationalstaat. Die meisten multikulturellen Reiche waren mit wenigen Ausnahmen Diktaturen⁴. Auch die EU – und ich rede hier von den Verhältnissen in Brüssel – ist ungleich weniger demokratisch verfasst als jeder Mitgliedstaat der EU“.⁵

Nicht einmal ein abstrakt-ökonomischer Liberalismus kann also einen *Gegensatz* zum Problemkomplex der Nation, des Nationalstaates postulieren. Er muß vielmehr einen wesensmäßigen Zusammenhang feststellen.

Drittens: Die Hauptquelle einer „intelligenten Integration“ des ökonomischen Liberalismus mit dem Nationsprinzip ist das Urteil des BVerfG vom 30. Juni 2009 zum Lissabon-Vertrag.

Im Leitsatz 4 stellt das Gericht fest: Die EU-Mitgliedstaaten besitzen laut Grundgesetz eine *nationale* Verfassungsidentität. Sie ist unverfügbar, d.h. sie unterliegt der „Ewigkeitsgarantie“ des GG. Sie wird nicht nur vom GG sondern auch vom Europarecht gewährleistet.

Das GG enthält zwar auch ein Integrationsgebot, das Ziel „europäische Integration“. Dieses Gebot ist jedoch nicht schrankenlos: die *Wahrung der Verfassungsidentität* ist ihm *übergeordnet*. Und daraus folgt für Deutschland auch eine Verantwortung, d.h. eine Pflicht:

Wenn sich im Entwicklungsverlauf der europäischen Integration ein Missverhältnis zwischen Art und Umfang der ausgeübten Hoheitsrechte und dem Maß demokratischer Legitimation einstellt, obliegt es der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Integrationsverantwortung auf eine Veränderung hinzuwirken und im äußersten Fall sogar ihre *weitere Beteiligung an der Europäischen Union zu verweigern*. (Absatz 264, Hervorhebungen V.H.)

³ DAHRENDORF: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung, 2003. Auch in ders: Die Krisen der Demokratie (Gespräch mit ANTONIO POLITO), 2002

⁴ Die Zukunft des chinesischen Modells ist nicht Gegenstand dieser Skizze.

⁵ MARKUS SOMM, ein FRIEDRICH HAYEK und MILTON FRIEDMANN nahe stehender „Freisinniger“ (Was heißt schon nationalkonservativ?, Basler Zeitung vom 20.12.2014).

Im Klartext: Wenn der Integrationsprozeß die nationale Verfassungsidentität bedroht, ist Deutschland berechtigt, ja *verpflichtet*, ihm entgegenzuwirken, ja im Ernstfall *aus der Europäischen Union auszutreten*⁶.

Das BVerfG qualifiziert die „Verfassungsidentität“ und die „Parlamente“ der Mitgliedsstaaten durchgängig und ausdrücklich als *national*. Nicht nur beiläufig sondern beinahe besessen und inflationsartig. Das Gericht definiert das „Nationale“ weder ethnisch noch traditionalistisch sondern aus der Systematik des GG heraus. Die Verfassungsidentität sei ein Merkmal der verfassunggebenden Gewalt des *deutschen Volkes*⁷ oder ganz einfach der innerstaatlichen Souveränität. Der jeweilige *nationale* Souverän sei die unmittelbare Quelle der Legitimität der demokratischen Grundordnung im jeweiligen Mitgliedsstaat und seiner verfassungsmäßigen Gewalten. Die *nationalen* Souveräne seien auch die Legitimitätsquelle der Europäischen Union, die ja auf einem völkerrechtlichen Vertrag zwischen den souveränen Mitgliedstaaten beruht und *keine eigene, davon unabhängige* Legitimitätsquelle hat.

Da der Wille der verfassunggebenden Gewalt im Demokratieprinzip der Verfassung konkretisiert wurde, sei die *nationale Verfassungsidentität* mit dem *Demokratieprinzip* deckungsgleich. Anders ausgedrückt: *Das Demokratieprinzip des GG ist zugleich sein Nationsprinzip*. Es ist nicht weniger unantastbar und abwägungsunfähig als das erstere, und ihm kommt dieselbe „Ewigkeitsgarantie“ zugute.

Spätestens aus diesem Urteil ergäbe sich die Integration des „Nationalen“ in das Programm der AfD nicht nur *zwanglos* sondern *zwingend*. Wenn den Staatsorganen eine Integrationsverantwortung obliegt (Leitsätze 2a, 2b), dann muß der diesbezügliche politische Wille des Volkes gestaltet werden, und dies obliegt den politischen Parteien.

Die AfD hätte auf diesen *Verfassungsauftrag* verweisen können. Doch die Partei hat den Zusammenhang nicht erkannt oder heruntergespielt oder wollte ihn ganz ausklammern. Damit ist ein Vakuum entstanden. Die Initiative wurde anderen überlassen, die das Thema nicht immer mit „professoraler“ Sorgfalt ansprechen.

⁶ Wohlgermerkt: nicht nur aus der Eurozone sondern aus der Europäischen Union! Der (gescheiterte) Mitgliederentscheid von Geiger-Lucke hatte dieses Verfassungsgebot als „fundamental-oppositionelle(...) oder isolationistische Position“ diffamiert. Siehe <http://www.mitgliederentscheid-afd.de/>.

⁷ Insofern nicht verwechselbar mit der französischen, spanischen, italienischen usw. nationalen verfassunggebenden Gewalten.

Die deutsche Vergangenheit

Der zentrale Hebel der politischen Korrektheit ist die deutsche Geschichte. Auf diesem Gebiet herrscht die größte Diskrepanz zwischen Darstellung in der schmalen bzw. in der breiten Öffentlichkeit. Die deutsche Geschichte sollte im Fokuspunkt beider unserer Aufgaben: Integration und Transformation, stehen. Ihr käme eine zentrale Rolle in der Bekämpfung der politischen Korrektheit zu.

Es gibt eine Reihe von Klischees: den „deutschen Sonderweg“, den „preußischen Militarismus“, die „Allein- bzw. Hauptschuld Deutschlands im Ersten Weltkrieg“. Sie wurden von seriösen Historikern längst widerlegt, ihre Bücher sind auch in deutscher Sprache erschienen. Doch dies reicht offensichtlich nicht aus, für das politisch-mediale Kartell bleiben sie weiterhin feste Bausteine der politischen Korrektheit.

Eine „Professorenpartei“ hätte hier ansetzen sollen, Forschungsergebnisse in den breiten politischen Diskurs tragen, als Gegengewicht zu den Vereinfachungen, Verdrehungen und Unwahrheiten.

Ein Beispiel. Auf dem Hintergrund der entsprechenden „Transformation“⁸ hätte die AfD z.B. Alexander Gaulands Bismarck-Äußerungen als historisch richtige in Schutz nehmen sollen—Mut zur Wahrheit eben. Anstelle dessen hat sie einen Beitrag zum Rechtsrutsch gewittert und sich dem politisch-medialen Kartell angeschlossen.

Die Transformation—Fallbeispiele

Was Bernd Lucke und der liberale Flügel auf ihrem Spezialgebiet geleistet haben, muß anerkannt werden. Doch was über dieses Gebiet hinausgeht, das haben sie ignoriert, und den Handlungsbedarf verkannt. Sie haben, anstatt die nötige Transformationsarbeit zu leisten oder sie zu unterstützen, das Terrain den „Populisten“ überlassen. Als Korrektiv adoptierten sie die linksliberale Mentalität und schließlich die Rhetorik der Antifa.

Im Wahlkampf 2013 war die Botschaft der AfD so zentral und gewichtig, die der etablierten Parteien so marginal, ausgebrannt und läppisch, daß die AfD wie eine Bombe hätte in die Leere hineinplatzen sollen. Sie tat es nicht. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: *Keine einzige Partei*

⁸ Vgl. CHRISTOPHER CLARK, Preußen. Das international hoch geachtete Buch stellt die gegen Preußen gerichtete feindliche Propaganda richtig.

bringe das große Thema der Zeit, die Euro-Rettung in den Wahlkampf. Unsere Aussagen waren so mittelmäßig bis amateurhaft aufbereitet, daß ihre Neuartigkeit und Brisanz nur für eine sensibilisierte Minderheit erkennbar waren.

Nicht nur unser schriftliches Werbematerial sondern auch andere Formen der öffentlichen Präsenz dokumentieren die Schwäche der Präsentation. Nicht nur das, was wir positiv leisten, sondern auch das, was wir versäumen. Der abschließende Abschnitt enthält drei kleine Fallbeispiele zur *mangelhaften* oder gar *inexistenten* Transformation.

Münchner Stadtrat

Die Münchener Bürgerschaft sieht rechtlich nur die Abstimmung mit JA oder NEIN vor. Eine Enthaltung ist *rechtlich nicht vorgesehen*. *Möglich* ist sie allemal, es wird nur geahndet.

Die Enthaltung bei der Abstimmung zum Thema Islam hätte eine befürchtete Alternative umfahren. Sie wäre politisch geschickt gewesen: ein „großer Knall“, ein „Akzentsetzen“. Aus der Sicht des Establishments ein Skandal, nach demokratischen Grundsätzen eigentlich ein Akt des Widerstandes.

Die zu erwartende Strafe wäre auf ca. 500 Euro belaufen. Öffentliche Aufmerksamkeit ist selten preiswerter zu haben. Mit dem Stadtrat abstimmen hat dagegen viele Mitglieder enttäuscht und möglicherweise Eintritte verhindert. Selbst eine kaufmännische Kosten-Nutzen-Rechnung hätte also die Enthaltung nahegelegt. Nur hätte es Übersicht, Mut und politisches Gespür erfordert. Vorhanden war leider nur Einfallslosigkeit, kurzer Atem und biedere Ängstlichkeit.

Gewiß, die Presse hätte hässliche Angriffe geritten (aber sie tut es ohnehin, egal was die AfD tut). Das Publikum hätte sie längst vergessen. Doch der betrogene Anhänger hat ein längeres Gedächtnis.

Die „Rote Karte“

Auf einer Veranstaltung mit Joachim Starbatty in München haben die Organisatoren rotfarbige Zettel ausgeteilt. Beim Kommando „Rote Karte für Mario Draghi“ sollten sie in der Luft geschwenkt werden. Der Redner hatte das Alberne der Aktion schnell erkannt und das Schlagwort korrigiert: „Rote Karte für Angela Merkel“.

Alles Kleinkram. Nicht einmal Starbatty ging so weit, um das wahre Übel, die eklatante *institutionelle Fehlkonstruktion der EZB*, anzuprangern.⁹ Die Institution verletzt deutsche Interessen, ist ungerecht und scheidemokratisch (*one country, one vote*). Man könnte dies sinnfällig, auch zur Volksbefragung geeignet, unangreifbar auf Plakaten darstellen: *Würden Sie einer Gesellschaft beitreten, in der Ihr Beitrag fünfzig, Ihre Stimme zehn Prozent beträgt?* Oder Ähnliches. Denn genau das ist das „Geschäftsmodell“ der EZB, der Mechanismus der Enteignung des deutschen Steuerzahlers, den uns die politische Klasse beschert hat.

Die AfD brüstet sich damit, gegen „die“ Eurorettung zu kämpfen. Doch diese Formel ist unpräzise: Sie kämpft gegen die Eurorettung *unserer Tage*. Griechenland ist nicht der letzte Krisenherd. Kommt neue Krise, kommt neue Eurorettung. Eine „Alternative“, die den Namen verdient, wäre: *Reform der EZB* oder *Austritt aus dem Euro*. Solange dies nicht geregelt wird, bleibt alles andere hilflose Oberflächenkosmetik.

Die EU als Strafe

Europakommissar Günter Verheugen sagte jüngst in einem *talk show*, mit Anspielung auf die „unheilvolle“ deutsche Vergangenheit: Für uns Deutschen ist die EU *nicht Belohnung* sondern *Strafe*.

Eine grandiose Selbstentlarvung! Ein deutscher Europa-Kommissar plappert das Daseinsziel der EU aus! Und die Komplizenschaft der politischen Klasse in der Bestrafung des eigenen Volkes (von dem sie angeblich ihre Legitimation ableitet)! Ein Satz, den man sonst nur aus der „rechten Ecke“ zu hören bekommt!

War das nicht „europaschädigendes Verhalten“? Die Metamorphose der „Keule“ zum Bumerang!?

Die eigene Partei und das politisch-mediale Kartell haben Verheugen wohlweislich nicht gerügt. Das hätte nur die Aufmerksamkeit auf den *faux pas* gelenkt. Aber die AfD hätte es zur Chefsache machen können. Tausende Plakate hätten das *dictum* mit Quellenangabe in die Menge schreien sollen.

⁹ Der jüngste Schaden, den sie verursacht: Der europäische Steuerzahler finanziert die anhaltende *Kapitalflucht* aus Griechenland über die Notfall-(ELA-) Kredite, und hat damit die Schulden Griechenlands (bis dahin 240 Milliarden Euro) nur in den letzten drei Monaten um zusätzliche 99 Milliarden erhöht (<https://www.project-syndicate.org/commentary/varoufakis-ecb-grexit-threat-by-hans-werner-sinn-2015-05/german>).

Und was hat sie daraus gemacht? Gar nichts. Es fehlt anscheinend der Wille, der Instinkt oder einfach die Begabung, aus einer eklatanten Fehlleistung des Gegners politisches Kapital zu schlagen. Darin unterscheiden wir uns vom Mainstream, und das gereicht uns nicht zum Vorteil.